

DOI: 10.5771/0342-300X-2022-2-167



**GERHARD BÄCKER/GERHARD
NAEGELE/REINHARD BISPINCK**
**SOZIALPOLITIK UND SOZIALE
LAGE IN DEUTSCHLAND**
EIN HANDBUCH
6. VOLLSTÄNDIG ÜBER-
ARBEITETE UND ERWEITERTE
AUFLAGE

Springer VS,
Wiesbaden 2020

ISBN 978-3-658-06248-4
1191 Seiten in zwei Bänden,
99,99 €

Weniger ist oft mehr. Für das Handbuch „Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland“, das Gerhard Bäcker, Gerhard Naegele und Reinhard Bispinck in einer sechsten, vollständig überarbeiteten und um mehrere neue Abschnitte erweiterten Auflage publiziert haben, gilt das indes nicht. Die 1191 Seiten in zwei Bänden sind inhaltlich dicht gefüllt. Die Autoren machen sich seit vier Jahrzehnten die Weiterentwicklung dieses mittlerweile zum Klassiker avancierten Handbuchs zur Aufgabe. Sie bringen ihr jeweiliges Spezialwissen zu Teilgebieten der Sozialpolitik ein und schaffen es zugleich, dieses zu einem stimmig komponierten Gesamtwerk zusammenzufügen.

Deutlich erkennbar ist, dass die Verfasser eine gemeinsame Herangehensweise teilen, die sich auch in der Struktur des Handbuchs niederschlägt. Zum einen gehen sie von einem breiten sozialpolitischen Verständnis aus, das mehr umfasst als Sozialversicherungen und Institutionen materieller sozialer Absicherung. Kennzeichnend hierfür ist, dass erstmals die Themen „Qualifikation“, „Pflege“ und „Arbeitsbeziehungen“ als eigenständige Kapitel enthalten sind. Zum anderen ist ihre Herangehensweise problemorientiert: Sie nimmt nicht die Institutionen, Finanzierungsmechanismen etc. zum Ausgangspunkt, sondern die sozialen Probleme und Risiken, die sozialpolitische Regulierungen erfordern. Im Vorwort heißt es dazu: „Leitlinie für die Beurteilung von sozialen Risiken und die Auswirkungen der Sozialpolitik bleibt für uns die materielle und immaterielle *Lebenslage* der Menschen“ (S. VI). Damit wird klar, dass es sich auch um normativ geteilte Werte handelt. Entsprechend belassen es die Autoren nicht bei Beschreibungen und Analysen, sondern zeigen zum Abschluss jedes Kapitels Herausforderungen und Reformbedarfe auf, die sich in politisches Handeln übersetzen ließen.

Ein großes Plus des Handbuchs ist dessen hohe Verständlichkeit, die es für ein breites Spektrum interessierter Leser*innen auch außerhalb des Wissenschaftssystems nutzbar macht. Die oftmals sehr komplexen Sachverhalte, Institutionengeflechte und Finanzierungsstrukturen werden gut strukturiert dargestellt. Fachbegriffe werden sparsam verwendet und erklärt. Die Allgemeinverständlichkeit des Werks ist den Autoren so wichtig, dass sie allerdings auch auf Quellenverweise im Text verzichten. Lediglich am Ende der jeweiligen Kapitel wird auf ausgewählte Literatur verwiesen. Das erhöht zwar die Lesbarkeit, ist an vielen Stellen aber auch bedauerlich. Insbesondere dort, wo es um konkrete Studien, Zahlen oder kontroverse Aussagen geht, wären konkrete Quellenangaben wünschenswert gewesen.

Anschaulich und nachvollziehbar werden die Inhalte auch durch eine Vielzahl von Tabellen und Grafiken. Innovativ und sehr hilfreich ist es, dass man über einen QR-Code leicht auf die Website www.sozialpolitik-aktuell.de gelangt, auf der die Tabellen und Grafiken laufend aktualisiert werden, denn: „Kaum ein anderer Politikbereich unterliegt so starken Veränderungen wie die Sozialpolitik“

(S. VII). Durch diese gekonnte Verknüpfung von analog und digital bleibt das Handbuch längerfristig nutzbar. Aktuelle Zahlen müssen nicht mehr, wie bei den bisherigen Ausgaben, mühsam nachrecherchiert werden, was das Handbuch auch als Nachschlagewerk noch attraktiver macht.

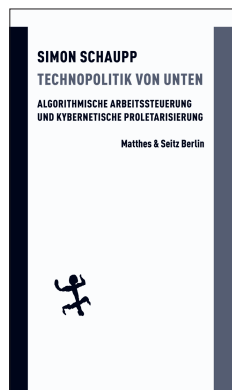
Ein Gewinn ist auch die strukturierte Darstellung der Arbeitsbeziehungen in einem eigenständigen Kapitel. Ausgehend vom Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit und dem strukturellen Machtungleichgewicht beider Seiten wird die bundesrepublikanische Variante der „Institutionalisierung des Klassenkonflikts“ (S. 316) im Modell der dualen Interessenvertretung nachgezeichnet. Denn auch die Interessenartikulation von Beschäftigten im Betrieb sowie die überbetriebliche Regulierung von Entlohnung und Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen ist nach dem Verständnis der Autoren Teil von Sozialpolitik.

In Bezug auf die Tarifpolitik werden Tendenzen zur „Verbetrieblichung“ aufgezeigt, die Reinhard Bispinck bereits in seiner langjährigen Arbeit als Leiter des Tarifarchivs im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung mit einer wohl-tuenden kritischen Distanz analysierte. So wird darauf hingewiesen, dass die Betriebsräte die Verlagerung von Regelungskompetenzen auf die betriebliche Ebene keineswegs als Gestaltungschance wahrnehmen, „sondern mehrheitlich als zwiespältige und problematische Entwicklung, die den Flächentarifverträgen einen Teil der gewünschten Unterstützungs- und Entlastungswirkung bei betrieblichen Konflikten und Aushandlungsprozessen nimmt“ (S. 367).

Während im Handbuch auch auf neuere tarifpolitische Entwicklungen – wie die in verschiedenen Branchen geschaffenen Wahlmöglichkeiten zwischen Entgelt-erhöhungen und kürzeren Arbeitszeiten – eingegangen wird, hätte man sich in Bezug auf die Arbeitskämpfe im Gesundheits- und Sozialwesen eine ausführlichere Analyse gewünscht. Diese werden lediglich in einigen Randbemerkungen gestreift, obwohl sie sowohl bezüglich ihrer Inhalte als auch der Ziele und Streikpraktiken ein hohes Innovationspotenzial aufweisen. Mit den Erzieher*innen in Kitas und dem Pflegepersonal in Krankenhäusern haben neue Akteur*innen die tarifpolitische Arena betreten, die mit ihren Streiks für bessere Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz zum Teil zugleich tarifpolitisches Neuland erschlossen haben. Und auch die dabei eingesetzten Kampfmethoden – Stichworte Ultimativen, Mehrheitspetitionen, Team- und Streikdelegierte – sind bemerkenswert und womöglich auch für andere Branchen relevant. Ähnliche Lücken finden sich in Ausführungen zum Gesundheitssystem, wo die Auseinandersetzungen um bedarfs-gerechte Personalvorgaben in Krankenhäusern, Psychatrien und in der Altenpflege seltsam unterbelichtet bleiben. All das sind freilich Detailkritiken, die die gigantische Leistung der Autoren – nicht nur in quantitativer, sondern vor allem in qualitativer Hinsicht – nicht schmälern. ■

BESPROCHEN VON

Daniel Behruzi, Dr., Wissen-
schaftlicher Mitarbeiter
am Institut für Soziologie
der Technischen Universität
Darmstadt.



SIMON SCHAUPP
TECHNOPOLITIK VON UNTEN
 ALGORITHMISCHE ARBEITS-
 STEUERUNG UND KYBERNETI-
 SCHE PROLETARISIERUNG

Matthes & Seitz-Verlag,
 Berlin 2021

ISBN 978-3-7518-0332-8
 352 Seiten, 20,00 €

Was verbindet die aus Solidarität mit einem „gefeuerten“ Kollegen durchgeführten wilden Streiks und Lagerblockaden der Fahrradkurier*innen eines Lieferdienstes in Berlin-Kreuzberg mit den Arbeitskämpfen von Produktionsarbeiter*innen, die vermeintlich „smarte“ digitale Kontrollhandschuhe (*wearables*) als „Sextoys“ oder „Elektroschocker“ verspotten und durch ihren Widerstand erreichen, dass die Einführung der Handschuhe im Werk noch in der Testphase abgebrochen werden muss? Beide Gruppen erleben als abhängig Beschäftigte Digitalisierung im Zuge der Einführung algorithmischer Arbeitssteuerung zwar vor allem in Form von Abwertungstendenzen; sie sind aber dennoch in der Lage, sich die betrieblichen Technologien zu einem gewissen Grad anzueignen und so widerständige Organisationskulturen aufzubauen.

In seinem Buch „Technopolitik von unten“ untersucht der Soziologe Simon Schaupp das Konfliktfeld der algorithmischen Arbeitssteuerung in Unternehmen. In dieser Technologie sieht er den Kern des gegenwärtigen Technisierungsschubs von Arbeit, denn gegen die strukturelle Überakkumulation von Kapital und sinkende Lohnquoten seit den 1970er Jahren verspricht die vermehrte Implementierung der Arbeitssteuerung durch Algorithmen in Form von Softwaresystemen spätestens seit der Jahrtausendwende eine kosteneffiziente und zuverlässigere Optimierung der Produktion und reduziert so das unternehmerische Risiko unerfüllter Automatisierungspotenziale. Algorithmen werden dabei verstanden als Organisations-technologien in Form von Berechnungsmethoden, durch die Entscheidungen automatisch nach vorgegebener Struktur getroffen werden. Zum Zweck der Arbeitssteuerung eingesetzt, erstrecken sich die Handlungsvorschriften von Maschinen auf Menschen. Durch die Kopplung des Arbeitshandelns an bestimmte Steuerungsziele mittels Evaluation und Sanktion wandelt sich die Form betrieblicher Herrschaft, wobei die kontinuierliche technische Überwachung der Arbeit durch die systematische Integration von Computern, nahezu omnipräsente vernetzte Sensorik und permanente Feedbackschleifen auf eine neue Stufe marktförmiger Kontrolle gehoben wird.

Ausgehend von einer „merkwürdigen Asymmetrie“ bisheriger Forschungsliteratur zum Thema, in der vor allem Management- und Kontrollstrategien untersucht, den Beschäftigten die Strategiefähigkeit jedoch fast in Gänze abgesprochen werde, fokussiert Schaupp in seiner Untersuchung auf zwei Prozesse algorithmischer Arbeitssteuerung, die in einem dynamischen Wechselverhältnis stehen: Es geht erstens um den von ihm als *kybernetische Proletarisierung* benannten Prozess der Verdrängung menschlicher Arbeit aus Produktionsprozessen, insbesondere durch die Verdichtung und Dequalifizierung von Arbeit, und die mit diesen Verdrängungsprozessen einhergehende digitale Reintegration von billiger Arbeitskraft unter prekarierten Beschäftigungsbedingungen. Zweitens geht es um die *Technopolitik von unten*, die laut

Schaupp jene Handlungsstrategien umfasst, durch die Beschäftigte den Versuch unternehmen, sich algorithmische Arbeitssteuerung anzueignen und in ihrem Sinne zu gestalten. Betriebliche Solidaritätskulturen als mögliche Basis widerständiger Selbstorganisation, Streiks, direkte Aktionen, aber auch die Täuschung algorithmischer Kontrollsysteme – all diese und auch weitere Praktiken technologischen Ungehorsams können dabei als Spielarten einer Technopolitik von unten verstanden werden.

Untersucht wird die Reaktion der Beschäftigten in zwei Unternehmen der Lieferlogistik der Plattformökonomie, einem multinationalen Versandhandel und Essenslieferdienst, und zwei Unternehmen der sogenannten „Industrie 4.0“, einem multinationalen Chemiekonzern und einem mittelständischen Maschinenbaubetrieb. Diese befinden sich an unterschiedlichen Zeitpunkten der Implementierung algorithmischer Arbeitssteuerung. Methodisch kombiniert die Studie industriesoziologische Fallstudienformate, Aktionsforschung sowie ethnografische Perspektiven und erschließt sich damit verschiedene Zugänge zu ihrem Analysegegenstand: von verstehenden Interviews über die teilnehmende Beobachtung hin zur aktiven und gestalterischen Teilnahme an Workshops der Belegschaft. Der Autor selbst lieferte fünf Monate Essen als Kurier aus, um möglichst umfassende Eindrücke sammeln zu können. Unterschiedliche Formen der kybernetischen Proletarisierung und Technopolitik von unten sollen so empirisch aufgezeigt, die marginalisierte Perspektive der Beschäftigten hörbar gemacht werden. Dem Autor geht es um ein *De-Silencing*, wie Schaupp in Anlehnung an Michael Burawoy schreibt, dessen Konzept der Produktionspolitiken ihm denn auch als wesentlicher Ausgangspunkt für die Entwicklung seines eigenen mehrdimensionalen technopolitischen Analyserahmens dient. Dafür erweitert er die Produktionspolitik um das Feld der Implementierung und Nutzung von Technologie und ergänzt die Betrachtung der Wechselwirkungen von Arbeitsprozess und institutioneller Regulierung um die Dimension der Kämpfe der Beschäftigten als einer treibenden Kraft zur Veränderung von Produktionsregimen – ganz im Sinne des dialektisch gedachten Verhältnisses von Mensch und Maschine im Marxschen Begriff der Produktivkraftentwicklung. Technopolitik wird damit im Anschluss an die Arbeitsprozessentheorie zur Bezeichnung für diejenigen Produktionspolitiken, die Technologie zum Gegenstand haben. Algorithmische Arbeitssteuerung wird als Produkt und Feld von Interessenkonflikten bestimmt, welches sich auftut zwischen den Dynamiken globaler Wirtschaftskrisen, Technologieverbreitung und der kollektiven Handlungsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmer*innen. Interessenkonflikte mit Technologiebezug folgen hierin drei unterschiedlichen, teilweise miteinander kollidierenden Aushandlungslogiken, die sich je einer technopolitischen Arena zuordnen lassen: In der Arena der Regulierung werden institutionelle Rahmenbedingungen von Produktionsbedingungen ausge-

BESPROCHEN VON

Sandra Sieron (M.A. Politische Theorie, Psychologie) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrbereich Soziologie der Zukunft der Arbeit an der Humboldt Universität Berlin.

handelt, hauptsächlich durch staatliche Akteure, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, wobei vor allem das volkswirtschaftliche Standort-Interesse relevant ist. In der Arena der Implementierung geht es um Strategien des Technologieeinsatzes, die innerhalb des deutschen Produktionsmodells in der Regel zwischen Management und Betriebsrat entlang einer betriebswirtschaftlichen Logik ausgehandelt werden. In der Arena der Aneignung werden organisationale Technokulturen untersucht, die kulturelle Aneignungsschemata für die tatsächliche Nutzung der Technologien im Arbeitsalltag anbieten. Die drei Arenen bilden ein stratifiziertes Modell, welches im Hinblick auf den Abstraktionsgrad der Aushandlungen von der Aneignungs- über die Implementierungs- hin zur Regulationsarena aufsteigt und Machtasymmetrien aufweist, wobei widerständige Praktiken in der Aneignungsarena in der Lage sind, die beiden übergeordneten Arenen zu beeinflussen.

In Einklang mit kritischen Diagnosen zu Auswirkungen algorithmischer Arbeitssteuerung sieht Schaupp die materielle Abwertung der von ihm untersuchten Tätigkeiten und insgesamt die Tendenz einer steigenden Lohnungleichheit bestätigt. Die Abwertungsspirale, die hier in Form einer kybernetischen Proletarisierung einsetzt, beginnt mit der Implementierung von Arbeitsleitsystemen als erstem Schub der Verdrängung menschlicher Arbeitskraft. Auf die Verdichtung der Arbeit durch die Arbeitsprozessevaluation, in der weitere Daten gesammelt werden, folgen der nächste Verdrängungsschub durch datenbasierte Automatisierung und schließlich die Reintegration menschlicher Arbeitskraft zur Bearbeitung neu entstandener arbeitsintensiver Aufgaben zu schlechteren Arbeitsbedingungen, bevor der Zyklus von Neuem beginnt. Die Verschärfung der Kontrolle durch digitale Überwachung und die zunehmende Flexibilisierung beim Einsatz von Arbeitskräften tragen also dazu bei, dass diejenigen Jobs, in denen algorithmische Arbeitssteuerung am umfassendsten implementiert ist, derzeit mit zu den prekärsten auf dem deutschen Arbeitsmarkt gehören. Eine weitere Verbreitung der digitalen Arbeitssteuerung (und damit auch die Zunahme verschärfter Auseinandersetzungen) ist wahrscheinlich: schon deswegen, weil eine zentrale Reaktion auf die Corona-Krise ein erneuter Digitalisierungsschub ist, von dem bislang vornehmlich Plattformen profitieren.

Die Ergebnisse der Studie werden im Buch nicht entlang der einzelnen betrieblichen Fallstudien oder Branchen, sondern entlang der drei technopolitischen Aushandlungsarenen dargestellt und diskutiert. Darauf folgt eine Auslotung des Konzepts der kybernetischen Proletarisierung sowie eine Machtressourcenanalyse im Sinne der Technopolitik von unten in Auseinandersetzung mit dem empirischen Material. An einigen Stellen im Text führt die gewählte Struktur zu inhaltlichen Redundanzen oder Überschneidungen; diese stören den Lesefluss jedoch kaum und dienen meist der Vorbereitung und kon-

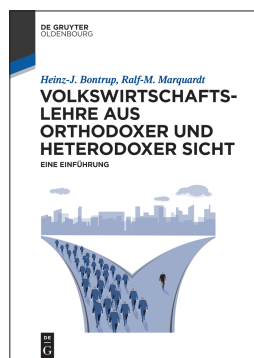
textuellen Anreicherung einer weiterführenden Arbeit am jeweilig diskutierten Begriff. Zudem können die Besonderheiten und Unterschiede von manueller Industriearbeit und Lieferlogistik so unmittelbar und übergreifend im jeweiligen Kapitel kontrastiert werden.

Knapp im Verhältnis zum Rest fällt vor allem die Schilderung der Regulationsarena aus; das Hauptaugenmerk und die wesentliche Stärke der Studie liegen in der mikropolitischen Analyse der komplexen Dynamik von kybernetischer Proletarisierung und Technopolitik von unten.

Obwohl den einzelnen technopolitischen Arenen Wechselwirkungen und auch eine Durchlässigkeit attestiert werden, verbleibt die Untersuchung im Hinblick auf den neuralgischen Punkt der tatsächlichen Durchschlagskraft einer Technopolitik von unten über die betriebliche Ebene hinaus notwendigerweise unscharf. Es bleibt insofern offen, in welchem Ausmaß die Anfechtung kybernetischer Proletarisierung durch unterschiedliche widerständige Praktiken kritischer Technikaneignung an Erfolge der Arbeiter*innenbewegung wird anknüpfen können, die über einzelne wilde Streiks oder Tarifabschlüsse hinausgehen. Die ausschlaggebende Rolle kollektiver Selbstorganisation, aber auch einer strategischen Ausrichtung gewerkschaftlicher Politik auf partizipative Arbeitskampfführung, kann hier insofern, wie Schaupp richtig feststellt, nicht überbetont werden.

Hilfreich und anregend für andere Forscher*innen ist besonders die exemplarische Schilderung des eigenen methodischen Vorgehens im letzten Kapitel, die durchaus flexibel einzusetzende Werkzeuge zur Untersuchung verschiedener Spielarten von Technopolitiken von unten anbieten soll. Denkbar wäre neben einem Analysefokus auf Konflikte um andere Technologien etwa, den Untersuchungskontext zu verschieben und der Implementierung von Arbeitsleitsystemen und kybernetischer Kontrolle im Gesundheits- oder Care-Sektor nachzugehen.

Simon Schaupp hat mit seiner Studie zur algorithmischen Arbeitssteuerung und kybernetischen Proletarisierung einen versierten und kenntnisreichen Beitrag zur Beforschung der Digitalisierung der Arbeitswelt vorgelegt, der die Regulation, Implementierung und Aneignung digitaler Technologien aus einer eigenständig konzipierten herrschaftskritischen Perspektive in den Blick nimmt. Dabei stellt er das konflikthafte Moment kollektiver Aushandlungs- und Aneignungsprozesse im Sinne der Beschäftigten heraus, anstatt das strukturell vorhandene Machtgefälle durch den eigenen Zugang unhinterfragt zu reproduzieren. So gelingt es ihm, nicht allein *über*, sondern *mit* den zu Wort kommenden Beschäftigten zu schreiben und damit für eine vermittelnde Perspektive mit emanzipatorischem Anspruch in der Arbeits- und Industriesoziologie zu werben, die die Handlungsfähigkeit der Beforschten auch im Antlitz digitalen Wandels nicht vorschnell beerdigt. ■



HEINZ-J. BONTRUP /
RALF-M. MARQUARDT
VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE
AUS ORTHODOXER
UND HETEROBOXER SICHT
EINE EINFÜHRUNG

De Gruyter Verlag,
Berlin/Boston 2021

ISBN 978-3-11-061918-8
993 Seiten, 39,95 €

Ein volkswirtschaftliches Lehrbuch in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift mit politik- und praxisorientierter Ausrichtung, wie es die WSI-Mitteilungen sind, zu rezensieren, mag unüblich sein. Denn was Studierende an Einführungen in die Volkswirtschaftslehre (VWL) serviert bekommen, hat in der Regel mit Politik und Praxis kaum etwas zu tun. Vielmehr verstehen sich die üblichen neoklassischen bzw. orthodoxen Verfasser*innen volkswirtschaftlicher Lehrbücher nicht als Sozialwissenschaftler*innen, sondern als Vertreter*innen einer „exakten“ Wissenschaft wie der Physik oder Mathematik. Dort gibt es (zumindest in der Regel) *ein* korrektes Ergebnis, das es den Studierenden beizubringen gilt. Entsprechend wird in VWL-Lehrbüchern weder sozialwissenschaftlich argumentiert noch werden unterschiedliche Sicht- und Herangehensweisen diskutiert. Gleichfalls zählt es nicht zu den Standards, auf Erfahrungen vergangener wirtschaftspolitischer Entscheidungen zu rekurrieren oder historische Rahmenbedingungen zu reflektieren. Stattdessen werden primär mathematische bzw. ökonometrische Modelle gerechnet. Der Grandseigneur der Alternativen Wirtschaftspolitik, der Bremer Ökonom Rudolf Hickel, bezeichnet dies im Vorwort zum Buch zu Recht als „Glasperlenspiele“, die sich zwar durch mathematische Eleganz auszeichnen, aber ohne wirtschaftspolitische Relevanz seien.

Um Modelle rechnen zu können, muss die komplexe Wirklichkeit allerdings stark vereinfacht werden und es müssen grundsätzliche Annahmen getroffen werden. Am besten funktioniert VWL als exakte Wissenschaft, wenn man wirtschaftliche Abläufe unterstellt, die automatisch ablaufen und selbstregulierend wirken. Grundlegend ist hier die Annahme von einem Preis-, Zins- und Lohnmechanismus: Die Variation von Preisen, Zinsen und Löhnen sorgt danach automatisch dafür, dass Angebot und Nachfrage sich immer ausgleichen. So könne es etwa auf dem Arbeitsmarkt längerfristig keine Arbeitslosigkeit geben, solange die Löhne nur flexibel seien und nicht von Politik oder Gewerkschaften am Sinken gehindert würden. Im Kern müsse der Staat lediglich einen rechtlichen Rahmen setzen, in dem die Wirtschaftssubjekte frei handeln können. Dann würde sich, wie durch eine „unsichtbare Hand“ geleitet, ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht im Sinne eines optimalen Ergebnisses, somit „Wohlstand für alle“, einstellen.

Das ist bis heute der Kern der neoliberalen bzw. orthodoxen Erzählung, die Generationen von Studierenden zu hören bekommen haben. Junge Ökonom*innen, die anderen Theorietraditionen folgen und die VWL als Sozialwissenschaft und als Politische Ökonomie verstehen, bleiben auf der Strecke, wie auch die Autoren in der Einleitung schreiben: [Es ...] bildete sich [...] eine Art wissenschaftliche ‚Inzucht‘ heraus: Neoliberale Professoren berufen Neoliberale und bilden so einseitig die Studierenden aus [...].“ (S. XIII)

Doch mehr und mehr wuchs bei den Studierenden der Zweifel an dem, was ihnen als Lernstoff präsentiert wurde.

Als ausgebildete Volkswirte konnten sie zwar vorzüglich Modelle mit komplexen Gleichungssystemen lösen, sahen sich in Positionen als politische Entscheider*innen aber denkbar schlecht vorbereitet. Zudem wurde die große Kluft zwischen Theorie und Praxis immer offensichtlicher. So ließen sich Theorien von sich selbst regulierenden Märkten nach der verheerenden Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 kaum mehr glaubhaft lehren. Ihr ganz spezielles Waterloo erlebte die herrschende Ökonomik in Deutschland im Zusammenhang mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Das prognostizierte Arbeitsmarktdesaster blieb aus, die Beschäftigung stieg. Erst die Corona-Pandemie beendete dieses Wachstum 2020.

Nicht zuletzt deswegen ist es schon lange überfällig, den Studierenden der VWL eine Alternative zu vorherrschenden neoklassischen Lehrbüchern zu bieten, die das gesamte thematische Spektrum der VWL umfasst.

Angesichts der Fülle an ökonomischen Themen und des Anspruchs der Autoren, „sowohl eine plurale und heterodoxe als auch orthodoxe Ökonomie zu präsentieren“ (S. XIV), haben sich Bontrup und Marquardt, beide Professoren an der Westfälischen Hochschule, wahrlich einer Herkulesaufgabe gestellt. Aber das Ergebnis rechtfertigt alle Mühen und wird von Rudolf Hickel in seinem Vorwort zu Recht als „Fundamentalwerk“ bezeichnet: Auf über 1000 (!) Seiten (993 Seiten plus 31 Seiten „Vorspann“) handeln die Autoren alle Bereiche der VWL ab und werden ihrem eigenen Anspruch einer pluralen Herangehensweise durchgehend gerecht – aber das bedarf eben vieler Seiten.

Gegliedert ist das fast zwei Kilo schwere Buch in acht Kapitel: Es beginnt mit einem grundlegenden Bekenntnis zur „Volkswirtschaftslehre als Sozialwissenschaft“ (S. 1–40). Hier wird auf die Problematik der Erkenntnisgewinnung eingegangen und es werden die Positionen der Rationalisten, der Empiristen und der kritischen Rationalisten einander gegenübergestellt. Gerade mit Blick auf die sich als „objektiv“ und „wertfrei“ verstehende neoklassische Ökonomie ist der Rekurs auf Marx, der in üblichen Lehrbüchern nicht vorkommt, von besonderer Bedeutung, hat Marx doch dezidiert die Auffassung vertreten, dass es eine wertfreie, objektive Wissenschaft gar nicht geben könne und Herrschaftsverhältnisse immer die jeweilige Sichtweise auf die Gesellschaft prägten. Insofern kann auch Politikberatung nie wertfrei sein. Entsprechend folgt ein aufschlussreicher Abschnitt zur Rolle der Wissenschaftler*innen wie der Medien im „Wissenschaftsbetrieb“ (S. 19–39).

Das 2. Kapitel (S. 41–242) widmet sich der „orthodoxen Mikroökonomie“. Zunächst geht es im Wesentlichen um die traditionelle Darstellung der inhärenten Mechanik und der „Selbsteilungskräfte“ wirtschaftlicher Abläufe, gegliedert nach Unternehmens- und Haushaltstheorie. Der besondere Anspruch von Bontrup/Marquardt kommt in einem sich anschließenden, fast 100-seitigen Unterkapitel zum Ausdruck, in dem auf empirischer Grundlage

BESPROCHEN VON

Norbert Reuter, Dr. habil., leitet die Tarifpolitische Grundsatzabteilung beim Bundesvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

auf „Mikroökonomisches Marktversagen und staatliche Korrekturmöglichkeiten“ (S. 159–242) eingegangen wird.

Im 3. Kapitel „Mikroökonomie aus heterodoxer Sicht“ (S. 243–452) wird dann die Mikroökonomie neu erzählt, indem „Marktversagen“ nicht als der Ausnahme-, sondern als der Regelfall verstanden wird. Das Kapitel beginnt mit einer Darlegung der „Grundsätzliche(n) Kritik an der orthodoxen Mikroökonomie“ und geht auf die Bedeutung wirtschaftlicher Macht ein – von staatlicher und wirtschaftlicher Macht bis hin zum organisierten Verbrechen. Vor diesem Hintergrund realer wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse wird dann die Funktionsweise von Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkten neu durchdekliniert (S. 294–452). Dies findet aber alles nicht im Elfenbeinturm statt, sondern wird durch reichhaltige empirische Befunde umfassend „geerdet“ und ist schon allein deswegen auch für den ökonomischen Laien äußerst lesenswert.

Im 4. Kapitel geht es um die „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Wohlfahrtsmessung“ (S. 453–502). Nach der notwendigen Wissensvermittlung, wie unsere Wirtschaftsleistung, üblicherweise am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen, berechnet wird, folgt eine grundsätzliche Infragestellung der Sinnhaftigkeit einer bloßen Fixierung auf das BIP und dessen Höhe als Leistungs- und Wohlstandsindikator. Entsprechend werden die Grenzen der BIP-Rechnung diskutiert und alternative Wohlfahrtsindikatoren bis hin zur modernen „Glücksforschung“ vorgestellt.

Das 5. Kapitel (S. 503–596) widmet sich den unterschiedlichen „Schulen“ bzw. grundlegenden „Paradigmen“ der VWL und stellt – dem pluralistischen Ansatz der Autoren entsprechend – die unterschiedlichen wirtschaftlichen Schulen vor: Merkantilismus, klassische Nationalökonomie, Marx'sche Lehre, Neoklassik, Keynesianismus (auch in der ansonsten kaum vermittelten „Langfristversion“) und schließlich Monetarismus und Neuklassik. Durch diese kompakte Darstellung entsteht ein gutes Bild darüber, welche Annahmen plausibel und welche wirtschaftspolitischen Folgerungen notwendig sind. Allerdings verwundert es, dass gerade die deutsche historische Schule der Nationalökonomie und v. a. deren Parallelentwicklung, der „Amerikanische Institutionalismus“, unerwähnt bleiben, stellen sie doch frühe eigenständige Gegenentwürfe zur Neoklassik dar, die bis in die Gegenwart reichen.

Im 6. und 7. Kapitel geht es um ein zentrales Thema, das in üblichen Lehrbüchern kaum behandelt wird: die Wirtschaftspolitik. Diese landläufige Lücke verwundert nicht, besteht doch die Notwendigkeit einer diskretionären Steuerung der Wirtschaft nach herrschender neoliberaler Auffassung gar nicht. Ein gänzlich anderer Stellenwert kommt der Wirtschaftspolitik natürlich dann zu, wenn nicht von einer Selbstregulierungsfähigkeit der Märkte ausgegangen wird. Im 6. Kapitel (S. 597–679) wird deshalb zunächst auf grundlegende wirtschaftspolitische Konzepte eingegangen, im 7. Kapitel (S. 680–800) wer-

den dann „Ausgewählte Bereiche der Wirtschaftspolitik“ vorgestellt. Im Einzelnen werden hier die „Internationale Arbeitsteilung und Globalisierung“ inklusive einer kritischen Einschätzung der beiden umstrittenen Freihandelsabkommen CETA (seit 2017 vorläufig in Kraft) und TTIP (liegt derzeit auf Eis) diskutiert (S. 680–714), im Weiteren die „Finanzwissenschaft und Finanzpolitik“ (S. 714–752) und schließlich die „Geldpolitik im Euro-Raum“ (S. 752–800). Gerade Letztere ist wegen der geldpolitischen Folgen der letzten Finanzkrise und aufgrund der aktuell steigenden Inflation im Euro-Raum hochaktuell und bietet grundlegendes Wissen, um bei diesem Thema mitreden zu können.

Im abschließenden 8. Kapitel fließen die gewonnen Erkenntnisse zusammen und werden in den Rahmen der „Ordnungspolitik und Vision einer Wirtschaftsdemokratie“ (S. 801–921) gestellt. Hier wird der grundlegende Anspruch vertreten, dass eine wirkliche Demokratie nicht vor der Wirtschaft halt machen darf. Diesbezüglich hat es bereits eine Reihe von Ansätzen unter der Bezeichnung „Dritter Weg“ (zwischen Plan- und Marktwirtschaft) etwa in sozialistischen Ländern gegeben. Die Autoren bleiben aber nicht bei der Darstellung stehen, sondern stellen zum Abschluss einen eigenen Ansatz, das „Bontrup-Modell“, vor, das die „theoretischen Ansätze und empirischen Erfahrungen mit einer sozialistischen Marktwirtschaft in Jugoslawien genauso berücksichtigt wie die Erkenntnisse einer in Deutschland umgesetzten sozialen Marktwirtschaft“ (S. 884). Als essenziell hierfür wird der Ausbau der Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen beschrieben. Ein solcher eigener umfassender Reformansatz dürfte bislang in keinem Lehrbuch zu finden sein und zwingt die Leserschaft am Ende zu einer eigenen Position. Und für diese findet sich in dem Buch das nötige theoretische Rüstzeug.

Insgesamt geht das Werk weit über ein übliches VWL-Lehrbuch hinaus. Es stellt neben einer ausgesprochen gut lesbaren und verständlichen Darlegung grundsätzlicher wirtschaftlicher Zusammenhänge auch ein brillantes Nachschlagewerk dar – nicht nur für Studierende, sondern auch für Praktiker*innen, die sich in Gewerkschaften, Politik, Verbänden oder NGOs kompetent über wirtschaftliche Fragen und Probleme informieren wollen. Dabei helfen über 200 Abbildungen, Schaubilder und Statistiken genauso wie ein 25-seitiges Stichwortverzeichnis, das es ermöglicht, sich schnell über einen Sachverhalt – zudem aus unterschiedlicher Perspektive – zu informieren. Insofern ist zu wünschen, dass diese Einführung in die VWL eine breite Leserschaft findet. ■